

## Planspiele gegen den täglichen Wahnsinn in Jerusalem

### *Unterschiedliche Zukunftsvisionen für die Heilige Stadt*

**An Visionen für eine gedeihliche Zukunft Jerusalems besteht kein Mangel. Zwei Möglichkeiten stehen sich diametral gegenüber: eine offene Stadt, die Israeli und Palästinenser vereint, und zwei völlig getrennte Städte.**

George Szpiro, Jerusalem

Der arabische Ostteil der Stadt Jerusalem leidet seit Jahrzehnten unter der Vernachlässigung der israelischen Stadtverwaltung. Der mangelnde Wille der lokalen Bevölkerung, mit den israelischen Behörden zu kooperieren, trägt weiter dazu bei, dass Ostjerusalem ins Chaos abzugleiten droht. Die palästinensische Autonomiebehörde wirkt der Verwahrlosung entgegen, indem sie auf eigene Initiative Millionensummen zur Sanierung von Strassen und Schulen investiert. Auch der Strassenverkehr wird in Ostjerusalem vielenorts von palästinensischen Quasi-Polizisten geregelt, und Bürger wenden sich mit ihren städtischen Anliegen oft an die palästinensischen Behörden mit Sitz in Ramallah. Dies alles geschieht unter den Augen der Israeli, ohne dass diese bemerken, dass die palästinensischen Behörden Israels Anspruch auf die Souveränität über den Ostteil der Stadt untergraben. Erst als Salam Fayyad, der palästinensische Regierungschef in Ramallah, zur Einweihung einer Schule nach Ostjerusalem kam, wurde sich Israel der Gefahr bewusst.

#### **Separiert, aber ungeteilt**

Unlängst hat das im Kanton Zug beheimatete Lassalle-Institut, das sich für eine von Ethik getragene Wertekultur einsetzt, in Jerusalem eine Konferenz über Zukunftsvisionen für die Heilige Stadt veranstaltet. Das Institut versucht in Zusammenarbeit mit dem israelischen Futura-Institut (FI) und dem palästinensischen International Peace and Cooperation Center (IPCC) Lösungsformeln für ein friedliches Zusammenleben israelischer und palästinensischer Bürger in einer offenen Stadt zu entwickeln. Prämisse der Konferenz war, dass Jerusalem dereinst die Hauptstadt zweier Staaten sein wird – politisch separiert, aber räumlich ungeteilt.

Rami Nasrallah vom IPCC und Shlomo Hasson von FI und der Hebrew University präsentierten ihre Vision der offenen Stadt, die wirtschaftlich, physisch und sozial ungeteilt bleiben müsse. Sie wollen versuchen, die Vision in ein pragmatisches Programm umzusetzen. Natürlich wäre ein politisches Abkommen die beste Voraussetzung für eine Lösung der städteplanerischen Probleme, sagten sie. Aber auch wenn sich die politischen Führungen nicht zu einer Einigung durchringen könnten, dürfe die Situation nicht sich selber überlassen bleiben. Als Folge der Unfähigkeit der politischen Instanzen beider Seiten gerate die Bevölkerung in Apathie. Auf die politische Untätigkeit folge der städtische Zerfall; auf beiden Seiten füllten religiöse Fundamentalisten und politische Extremisten das entstandene Vakuum. Öffentliche Freiräume und Grünflächen insbesondere im Ostteil der Stadt verfielen. Moscheen seien die letzten öffentlich zugänglichen Treffpunkte.

Im Westteil verliessen wohlhabende Bürger die Stadt und überliessen sie den Ultraorthodoxen. Jerusalem werde deshalb schnell zur ärmsten Stadt Israels. Aus diesen Gründen dürfe nicht darauf gewartet werden, dass Schwierigkeiten von oben herab gelöst würden. Das Bürgertum und der Privatsektor auf beiden Seiten müssten anstehende Probleme selbst in die Hand nehmen.

Die bisherige Planung der israelischen Stadtverwaltung war im Ostteil von Vernachlässigung und Voreingenommenheit gekennzeichnet, im Westteil von Korruption und einem mangelnden Willen, Bauvorschriften durchzusetzen. Der 2005 vorgelegte, aber noch nicht genehmigte Masterplan ist der erste israelische Raumplan seit 1959. Der zurzeit immer noch gültige Bauleitplan datiert also aus der Zeit vor der Eroberung des Ostteils der Stadt.

Da Israel Jerusalem in seiner Gesamtheit als ungeteilte Hauptstadt zu behalten gedenkt, ist der vorgelegte Plan darauf angelegt, die jüdische Präsenz in allen Teilen der Stadt zu verstärken. Im Westteil sollen bis zu 18-stöckige Hochhäuser gebaut werden. Durch steuerliche Anreize für Unternehmen im Hochtechnologiesektor sollen hochqualifizierte Arbeitskräfte angelockt werden. Ein regionaler Flugplatz ist geplant, und ein Tramnetz ist teilweise schon fertiggestellt. Im Ostteil der Stadt soll die Infrastruktur hochgerüstet und ausgebaut, sollen ehemalige Flüchtlingslager saniert, Recht und Ordnung durchgesetzt, Katasterpläne aufdatiert werden.

### **Palästinenser ausgegrenzt**

Laut einem Bericht des IPCC wird dieser Masterplan eine Ausgrenzung und Entfremdung der palästinensischen Bevölkerung nach sich ziehen. Ostjerusalem würde in isolierte Quartiere fragmentiert, von Cisjordanien abgekoppelt und gänzlich von Israel abhängig werden. Die schon jetzt bedenkliche Bevölkerungsdichte würde noch höher. Vieles geschähe unter dem Deckmantel einer Aufwertung der arabischen Stadtteile. Wenn man bedenke, dass 34 Prozent der Stadtbevölkerung Araber sind (die sich selbst als Palästinenser bezeichnen), diese aber nur 13 Prozent der Bodenfläche besitzen, erscheine der an sich löbliche Ruf nach vermehrtem Freiraum tatsächlich in einem anderen Licht. Allerdings seien die Araber an ihren misslichen Lebensverhältnissen teilweise selber schuld. Aus politischen Gründen verfolgten Palästinenser eine Politik des «Sumud» (Beharrlichkeit, Widerstand), und die Bevölkerung habe sich im engen Ostjerusalem von 70 000 Personen im Jahre 1967 auf derzeit 240 000 entwickelt. Um der entstandenen Enge zu entfliehen, nutzten Kinder und Erwachsene aus dem Ostteil intensiv die öffentlichen Parks, Gärten und Einkaufszentren im Westteil der Stadt.

### **Gemeinsame Planung**

Nasrallah und Hasson schlagen vor, zur Ausarbeitung gemeinsamer Pläne ein israelisch-palästinensisches Architektenteam zu schaffen. Die Teilnehmer wie auch die Bevölkerung müssten lernen, die Perspektiven der jeweils anderen Seite – Hoffnungen und Ängste, Traditionen und Werte – zu verstehen. Das Team werde nicht nur den erhofften Weg vorzeichnen, sondern auch Wege und Mittel suchen, wie ein Endzustand erreicht werden könne. In Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem Floersheimer-Institut arbeiteten IPCC und FI Szenarien aus, wie sich die besetzte Stadt entwickeln sollte. Im schlechtesten Fall treffe ein Szenario der verbrannten Erde ein. Dies bedeute, dass eine politisch unfähige palästinensische Führung die Entwicklung der Stadt gänzlich Israel überliesse, das zum Nachteil der palästinensischen Bürger unilaterale Entscheidungen träge. Oder aber Jerusalem könnte sich zu einer «hybriden Stadt» entwickeln, in der die Führungen ihre Extremisten zwar in Schach halten, aber nicht genügend Macht haben, um mehr als ein System von separaten Bezirken zu schaffen. Weiter vorstellbar sei eine «binationale Stadt», in der die palästinensische Führung ihre Ansprüche aufgibt, die israelische Führung der Stadt aber nicht einen jüdischen Charakter aufzwingen kann. Ziel sei ein Jerusalem als Stadt der Brücken, in der Personen und Güter ungehindert zwischen dem Ost- und dem Westteil zirkulierten. Die Bürger beider Seiten sollen durch Aufklärung und Vermarktung der Ideen aus ihrer Apathie gerissen werden. Aber es stellen sich Fragen. Wie kann in einer offenen Stadt Sicherheit gewährleistet und Schmuggel unterbunden werden? Müssten sich Bürger und Reisende jeweils beim Verlassen der Stadt – sei es nach Westen gegen Israel oder nach Osten gegen Palästina – Sicherheitskontrollen unterziehen?

### **Getrennt, aber verbunden**

Während das Lassalle-Institut und seine Partner eine offene, ungeteilte Stadt befürworten, vertreten die Initianten der Genfer Initiative (vereinbart im Dezember 2003 zwischen Jossi Beilin und Yasir Abedrabbo) eine andere Ansicht. Im Sinne des geflügelten Wortes «Gute Zäune machen gute Nachbarn» sieht ein Anhang des Dokuments eine Trennung Jerusalems in zwei separate, bloss durch Korridore verbundene Städte vor. Eine wohldefinierte Grenze soll zwischen den beiden Hauptstädten gezogen werden – Yerushalayim auf der israelischen, al-Kuds auf der palästinensischen Seite. Eine Grenzbarriere, ähnlich der verpönten Mauer, soll die beiden Stadthälften trennen, doch soll sie mit Grünpflanzen bepflanzt werden, um nicht so bedrohlich zu wirken. Drei Grenzübergänge sind geplant, im Norden, im Zentrum und im Süden der Stadt. Der Personen- und Warenfluss soll mittels drei minuziös geplanter Grenzübergänge ermöglicht werden.

Da die geografischen Gegebenheiten eine Entflechtung der ineinander verschränkten Wohnviertel verunmöglichen, soll der Verkehr mit Tunnels, Über- und Unterführungen räumlich getrennt werden. Diejenigen Bürger, die keine Kontakte zur anderen Seite wünschen, würden in der eigenen Stadthälfte ausser Arbeitern, Händlern und Geschäftsleuten keine Vertreter der anderen Seite zu Gesicht bekommen. Die beiden Bevölkerungen würden auf gleichem Raum, aber auf verschiedenen Ebenen – wie in parallelen Universen – leben. Bloss Teile der Infrastruktur sowie öffentliche Anlagen entlang der Grenzlinie stünden beiden Seiten zur Verfügung. Dies sollte Friktionen verhindern, heisst es, wird aber gleichzeitig auch alltägliche, positive Kontakte verunmöglichen.

gsz. Har Homa □ Die am Montag erfolgte Ankündigung von Plänen zum Bau von 1300 Wohnungen im Ostteil der Stadt Jerusalem hat erwartungsgemäss zu weltweiten Protesten geführt. Das amerikanische Aussenministerium liess verlauten, dass Washington über die fortgeschrittenen Baupläne in dieser heiklen Gegend tief enttäuscht sei. Catherine Ashton, die Aussenbeauftragte der EU, sagte, der Siedlungsbau, zu dem auch Bauvorhaben im Ostteil der Heiligen Stadt gerechnet werden, stelle ein Hindernis für den Frieden dar.

Ausser den 1300 Wohneinheiten, die am Montag für Ramot und Har Homa geplant wurden – zwei israelische Quartiere, die auf besetztem Gebiet in Jerusalem liegen –, wurden auch Bewilligungen für 650 seit langem geplante Wohneinheiten in Ariel, jener jüdischen Siedlung, die am tiefsten nach Cisjordanien hineinragt, erteilt.

Die Frage stellt sich, ob die Ankündigung just zu dem Zeitpunkt, da Ministerpräsident Netanyahu in Amerika weilte und sich mit Vizepräsident Joe Biden traf, eine gezielte Provokation ist oder ein bürokratischer Lapsus. Als Biden im vergangenen Frühling in Israel weilte, hatte das israelische Innenministerium hinter dem Rücken von Ministerpräsident Netanyahu 1600 Wohnungen in Ostjerusalem zum Bau ausgeschrieben. Die damals als Provokation aufgefasste Brückierung hatte zu einer kurzzeitigen, aber fühlbaren Abkühlung in den israelisch-amerikanischen Beziehungen geführt. Ein Sprecher des amerikanischen Aussenministeriums meinte, dass sich hier ein Muster abzeichnen beginne. Möglicherweise versuche ein Ministerium den Regierungschef in Verlegenheit zu bringen.

Der Grossteil der jetzt bewilligten Bauten, 980 Wohneinheiten, soll in Har Homa erstellt werden, einem Quartier auf halbem Wege zwischen der Altstadt von Jerusalem und Bethlehem. Der erste Spatenstich zum Bau des Quartiers erfolgte vor dreizehn Jahren während der ersten Amtszeit Netanyahus als Ministerpräsident. Der Baubeginn hatte Grossdemonstrationen am Ort selbst und internationale Proteste ausgelöst. Demonstriert wurde nicht nur gegen die Tatsache, dass das heute offiziell Har Shmuel genannte Viertel auf besetztem Gebiet liegt, sondern auch dagegen, dass es den Zugang der Bewohner Ostjerusalems zu ihrem Hinterland abschneidet. Um von Jerusalem nach Bethlehem und weiter südwärts nach Hebron zu gelangen, müssen Palästinenser Umwege fahren und Strassensperren passieren.

Heutzutage steht auf dem bis 1997 von einem Wald überzogenen Hügel ein modernes Stadtviertel. Eine gut ausgebaute Ringstrasse, die um Har Homa führt, trennt das umstrittene israelische Quartier von den palästinensischen Dörfern Sur Baher und Umm Tuba. Etwa 5000 jüdische Familien leben an dem neuen Standort, der Zuzug von Tausenden weiteren ist geplant. Ursprünglich sollten in Har Homa Wohnungen erstellt werden, die für junge Familien erschwinglich sein würden. Aber die gute Lage, keine zehn Autominuten vom Zentrum der Stadt entfernt, und die wunderschöne Aussicht brachten Bauunternehmer auf den Plan, die Gewinne witterten. Die neuen Bauten sind nun als teure Terrassenhäuser und Luxuswohnungen angelegt. Allerdings sieht Har Homa zurzeit noch wie eine Geisterstadt aus. Auf den Strassen ist zur Mittagszeit keine Seele zu sehen, fast alle Bewohner arbeiten in Jerusalem. Die meisten Geschäftslokale auf der breit angelegten Einkaufsstrasse stehen leer. Öffentliche Gebäude, wie Schulen und Kliniken, sind geplant, aber noch nicht gebaut. Alles weist darauf hin, dass das Viertel für weit mehr als für nur 5000 Familien geplant ist.

Die israelische Regierung stellt sich auf den Standpunkt, dass ganz Jerusalem israelische Hauptstadt sei und somit beim Bau neuer Quartiere nicht von illegalen Siedlungen gesprochen werden könne. Der bis 1967 vom jordanischen Königreich verwaltete Ostteil wurde nach der Eroberung im Sechstagekrieg zu einem integralen Teil der israelischen Hauptstadt. Diese Position wurde 1980 mit der Annexion des Gebiets gesetzlich sanktioniert. Allerdings wird die Annexion international nicht anerkannt. Die meisten Staaten der Welt sind der Ansicht, israelische Bautätigkeit in Ostjerusalem verletze internationales Recht.

---

► **Dossier:** [Konflikt im Nahen Osten](#)

Link: [http://www.nzz.ch/nachrichten/international/konflikt\\_im\\_nahen\\_osten\\_2.17363](http://www.nzz.ch/nachrichten/international/konflikt_im_nahen_osten_2.17363)

---

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:**

[http://www.nzz.ch/nachrichten/international/planspiele\\_gegen\\_den\\_taeglichen\\_wahnsinn\\_in\\_jerusalem\\_1.8326473.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/international/planspiele_gegen_den_taeglichen_wahnsinn_in_jerusalem_1.8326473.html)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.

Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung